

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #12/2016

09. April 2016

Die Fragen stellte Lisa Dreßler, Studentin an der Europa Universität Viadrina Frankfurt/Oder).

Lisa Dreßler:

Frau Bundeskanzlerin, Sie besuchen in der kommenden Woche den Caritas-Kongress, der unter dem Motto „DemografieFest“ steht. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes bestätigten auch 2015, dass der demografische Wandel voranschreitet: Die Menschen werden immer älter und die Geburtenrate ist seit Jahren rückläufig. Vor welchen Herausforderungen steht Deutschland?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ich freue mich, dass sich die Caritas dieses Themas annimmt und werde auch gerne der Einladung folgen. Ich finde auch den Titel „DemografieFest“, sowohl die Eigenschaft – fest gegenüber den demografischen Veränderungen –, aber auch, groß geschrieben, „das Fest“, also ein positiver Ansatz, diesen demografischen Wandel zu bewerkstelligen. Auf der einen Seite ist es erfreulich, dass so viele Menschen älter werden, auch sehr viel mehr lebensbestimmende Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbstätigenalter haben. Auf der anderen Seite wäre es schön, wir hätten ein paar mehr Kinder. Und jetzt müssen wir uns natürlich vorbereiten und sagen: Was bedeutet das für die Gesellschaft? Was bedeutet das für das Wohnen, für das Zusammenleben? Und der Kernpunkt ist der Zusammenhalt der Generationen: dass wir nicht in ein Gegeneinander der Generationen kommen, sondern dass wir das Miteinander der Generationen auch unter veränderten Bedingungen hinbekommen. Das heißt, Brücken bauen, den Zusammenhalt stärken, soziale Sicherungssysteme krisenfest zu machen oder entwicklungsfest zu machen, gleichzeitig natürlich auch Wohnstrukturen zu verändern, Zusammenlebensformen zu verändern. Die Bundesregierung hat zum Beispiel ein Programm für Mehrgenerationenhäuser, die sich in vielen Bereichen als Ansprechpartner und als Treffpunkte für die Generationen herauskristallisiert haben, und das muss fortgesetzt werden.

Besonders stark ist der demografische Wandel im Osten Deutschlands. Ein großer Teil der Bevölkerung dort lehnt Zuwanderung ab. Wieso mangelt es noch immer an erfolgreichen Maßnahmen, um über die Vorteile der Zuwanderung aufzuklären und Ressentiments außer Kraft zu setzen? Wie sehen künftige Maßnahmen aus?

In den neuen Bundesländern ist natürlich die Situation so, dass die Veränderung in den letzten 25 Jahren sehr viel stärker war, als das in den alten Bundesländern der Fall ist. Wir haben glücklicherweise jetzt die Tendenz zur Abwanderung gestoppt. Wir haben konstante oder zum Teil auch zunehmende Bevölkerung in den neuen Ländern, gerade auch junge Menschen. Wir haben auch bestimmte Bedingungen, die sehr gut sind, zum Beispiel die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Ausstattung mit Kitas und Kindergärten. Aber insgesamt ist natürlich die Zeit, in der man auch die erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft erlebt hat, sehr viel kürzer als bei den Bundesbürgern in den alten Bundesländern. Und das führt zum Teil zu größeren Ängsten – ob sozusagen das Teilen, das neue Teilen mit denen, die jetzt auch zu uns kommen, vielleicht Erfolge, die man schon erreicht hat, wieder zurückschraubt. Und deshalb werden wir hier viel argumentieren, aber auch zum Teil sehen müssen, dass strukturell die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern immer noch höher als sie das in den alten Bundeslän-

dern ist, also alles tun, um gerade auch die Lebensperspektiven der schon lange in den neuen Ländern lebenden Menschen zu verbessern.

Viele ehrenamtliche Mitglieder prägen das Gesicht der Caritas und anderer Organisationen. Gemeinsam sind sie auch in der aktuellen Flüchtlingssituation aktiv. Ohne ihre Hilfe würde Deutschland die schwierige Situation nicht meistern. Wie kann man ehrenamtliches Engagement und soziale Tätigkeiten noch besser würdigen in Deutschland?

Ich treffe mich regelmäßig auch gerade mit den Vertretern des Ehrenamts. Das, was in der Caritas geleistet wird – das gilt für die Hauptamtlichen genauso wie für die Ehrenamtlichen –, ist vorbildlich. Und die Caritas ist natürlich auch eine der ganz wichtigen Säulen jetzt in der Flüchtlingspolitik. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, der Staat kann sich zurückziehen, weil es ja Ehrenamtler gibt. Das heißt, bestimmte Strukturen müssen vom Staat angeboten werden. Dazu gehört natürlich die Leistung für die Asylbewerber, dazu gehört eine Tätigkeit der Bundesagentur für Arbeit, dazu gehört der Integrationskurs, den jeder mit einer guten Bleibeperspektive bekommt. Und trotzdem ist unsere Gesellschaft nicht in der Lage, alles, was gemacht wird, staatlich, sozusagen professionell anzubieten. Und deshalb ist es auch ein wunderbares Zeichen, dass wir so viele Ehrenamtler hatten und immer noch haben, die sich unheimlich eingebracht haben. Und das würdigen wir ja auch. Wir unterstützen auch Freiwilligenstrukturen, so zum Beispiel durch den Bundesfreiwilligendienst, wir geben Anerkennung, wir versuchen auch Rahmenmöglichkeiten für ehrenamtliche Tätigkeiten zu schaffen – siehe Mehrgenerationenhäuser als Anlaufpunkte. Aber Ehrenamt kann nie das Gleiche sein, und, ehrlich gesagt, kenne ich auch viele Menschen, die ehrenamtlich tätig sind und die für sich und ihr Leben daraus auch etwas Gutes ziehen und sich bereichert fühlen – und auch sehr viel lernen und auch sehr viel Erfüllung in solcher Tätigkeit haben. Und das ist ja auch eine schöne Sache.

Neben der Caritas engagieren sich noch viele weitere NGOs in der aktuellen Flüchtlingskrise. In Griechenland haben jetzt mehrere Hilfsorganisationen die Arbeit niedergelegt – aus Protest gegen menschenunwürdige Verhältnisse in einigen Flüchtlingsunterkünften. Auch in Krisenzeiten müssen die Rechte der Schutzbedürftigen gewahrt sein. Wie unterstützt die Bundesregierung Vertragspartner, um internationale Standards auch in der Krise einzuhalten?

Ja, wir haben ja verschiedene Aufgaben zu erledigen. Und eine heißt natürlich, dass die Europäische Union und alle die, die zum Schengen-Raum – also zum Raum der Reisefreit – gehören, dass die es schaffen, ihre Außengrenzen so zu schützen; dass nicht Schmuggler und Schlepper zum Schluss das Sagen haben, sondern dass staatliche Strukturen das Sagen haben. Und das heißt, das ist auch ein Schutz für Migranten, denn wir haben allein in diesem Jahr schon 400 Migranten in der Ägäis zum Beispiel, die ums Leben gekommen sind, weil die Schlepper und Menschenhändler – muss man ja sagen – sie unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Griechenland bringen. Deshalb haben wir ein Abkommen mit der Türkei geschlossen. Allerdings: Darauf achten, dass es sich auch um rechtsstaatliche Prozeduren handelt! Das heißt: Jeder, der nach Griechenland kommt und dort einen Asylantrag stellt, bekommt ein individuelles Verfahren, in dem überprüft wird, ob es zumutbar ist, den Flüchtling wieder zurück in die Türkei zu schicken. Und gleichzeitig wird Europa seiner humanitären Verantwortung gerecht, indem wir – insbesondere im Fall der Syrer – für jeden zurückgeschickten Syrer auch einen aufnehmen, der dann legal zu uns kommen kann, um einfach zu sagen: Versucht es legal. Und wir haben gesagt, wenn dieser Prozess dann auch durchgesetzt ist, dann werden wir auch freiwillige Gruppen von Flüchtlingen aufnehmen aus der Türkei,

die dann auch eine Chance in Europa bekommen – aber eben durch staatliche Absprachen und auf legalem Wege und nicht mit schlechten Schwimmwesten und Schlauchbooten, wo die Menschen ihr Leben riskieren.